

# Pressemitteilung

## Staatliche Unterstützungsmaßnahmen können nicht jedes Unternehmensrisiko abfedern

## IfM Bonn plädiert für eine differenzierte Betrachtung bei der Ausgestaltung möglicher Maßnahmen

**Bonn, 13. Mai 2022.** Sollten im Zuge des Kriegs in der Ukraine staatliche Unterstützungsprogramme für den Mittelstand erforderlich sein, sollten diese nach Ansicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IfM Bonn berücksichtigen, ob die Notlage der Unternehmen auf einer existenzgefährdenden Ausnahmesituation oder auf dem unternehmerischen Risiko beruht: "Bereits mit der Georgien-Krise im Jahre 2008, spätestens aber seit der Annexion der Krim in 2014 war erkennbar, dass das unternehmerische Engagement in Russland mit erhöhtem Risiko verbunden ist. Unternehmerinnen und Unternehmer, die dieses Risiko dennoch eingegangen sind, sollten unserer Ansicht nach bei möglichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen keine besondere Berücksichtigung finden. Schließlich ist das Risiko, das mit ihrer unternehmerischen Betätigung verbunden war, mit den damit verbundenen ökonomischen Chancen abgegolten worden", erläutert Prof. Dr. Friederike Welter (IfM Bonn/Universität Siegen).

Anders sei die Situation zu bewerten, wenn die Folgen des Krieges mittelständische Unternehmen unvermittelt und Existenz bedrohend treffen. "Der Krieg hat als exogener Schock zu einem kurzfristig sehr starken Anstieg der Energiepreise in den vergangenen Wochen geführt. In dieser kurzen Phase war es keinem Unternehmen möglich, kurzfristig nennenswerte Substitutionsmöglichkeiten aufzubauen. In diesem Fall sind – ähnlich wie schon während der Corona-Pandemie – staatliche Unterstützungsmaßnahmen gerechtfertigt", so die Präsidentin des IfM Bonn. Demnach wäre grundsätzlich eine befristete Absenkung staatlicher Preisaufschläge auf Energie erwägenswert, da alle Unternehmen entsprechend ihrer konkreten Betroffenheit entlastet würden.

Institut für  
Mittelstandsforschung

**IfM**  
BONN

[www.ifm-bonn.org](http://www.ifm-bonn.org)

Das IfM Bonn ist eine Stiftung  
des privaten Rechts.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,  
Digitalisierung und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Die Ökonomin hat gemeinsam mit ihrem Team sowohl die Auswirkungen der vergangenen Kriegswochen auf den Mittelstand als auch die möglichen Effekte beispielsweise im Falle eines Rohstoffstopps beleuchtet. Demnach sind aktuell die direkten Folgen für die mittelständische Wirtschaft aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Verflechtungen mit Russland und der Ukraine überschaubar.

Deutlich gravierender sind hingegen die indirekten Auswirkungen, da viele mittelständische Unternehmen als Zulieferer unter den gestiegenen Preisen für Vorprodukte, Rohstoffe und Energie litten. Hinzu komme, dass die Nachfrage der privaten Haushalte nach den Produkten und Dienstleistungen aufgrund gesteigener Lebenshaltungskosten sinke. Dies treffe wiederum besonders mittelständische Bereiche, die schon unter der Pandemie gelitten haben, wie beispielsweise die Gastronomie oder die Kulturschaffenden.

Das Hintergrundpapier "Die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes auf den Mittelstand" ist auf der Homepage des Institut für Mittelstandsforschung ([www.ifm-bonn.org](http://www.ifm-bonn.org)) abrufbar.

## **Medienkontakt**

Dr. Jutta Gröschl  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Telefon: (0228) 72997-29  
E-Mail: [groeschl@ifm-bonn.org](mailto:groeschl@ifm-bonn.org)

Immer bestens informiert durch unseren kostenfreien [Forschungsnewsletter](#).  
Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [YouTube](#).